

Anmelde- und Antragsunterlagen

Anlagen zur Anmeldung

1. Erläuterung der Maßnahme
2. Darstellung der zu erwartenden Kosten (Kostenrahmen entsprechend DIN 276)
3. Übersichtsplan auf Grundlage einer topografischen Karte
4. Maßnahmenplan
5. Informationen zum Stand der Bauvorbereitung und zur Abstimmung mit anderen verkehrlichen und städtebaulichen Maßnahmen
6. Angaben über die zu erwartende Bauzeit

Anlagen zum Antrag auf Zuwendungen für Investitionen nach Nummer 2.1

1. Etwaige Änderungen gegenüber der Anmeldung einschließlich Erläuterung und Begründung;
2. Prüffähige Projektunterlagen, Entwurfsplanung nach Leistungsphase 3 HOAI
 - a) Beschreibung der Maßnahme mit
 - ausführlicher Darlegung der angestrebten verkehrlichen Bedeutung,
 - Angaben über die Situation der derzeit vorhandenen sowie geplanten Verkehrsanlagen und deren Kapazität (unter anderem stationäre Betriebsanlagen, Anzahl und Art der Fahrzeuge des ÖPNV, Zugangsstellen, Linienführung, vorgesehene Ziele),
 - einer Darstellung nach den Nummern 4.1 und 4.2 der Förderrichtlinie,
 - einem Nutzungskonzept bei Bahnhofs- und anderen Gebäuden.

Bei schienengebundenem ÖPNV sind die gewählten technischen Maßnahmen zu begründen.

- b) Technischer Erläuterungsbericht mit Darstellung der funktionellen Anforderungen, genauer Beschreibung der Bau-
maßnahme und -ausführungsart sowie Beschaffenheit des Baugrundes; Übersichtsplan auf Grundlage einer topografi-
schen Karte und zeichnerische Darstellung des Entwurfs, insbesondere
 - Lageplan, Längsschnitte, Regelquerschnitte 1 : 100/ 50,
 - Sonderpläne 1 : 100 (Grundriss, Längsschnitt, Querschnitt),
 - Pläne zur Darstellung besonderer Bauwerke,
 - Detailzeichnungen, wenn besondere Anforderungen erforderlich sind (zum Beispiel Barrierefreiheit im ÖPNV)
oder im Sicherheitsbereich an Arbeitsplätzen;
 - c) Auszug aus der Flurkarte, Grunderwerbspläne und -verzeichnisse;
 - d) Berechnung der Ausgaben mit einer Gliederung entsprechend der DIN 276;
 - e) Berechnungen über geplante Mengen (zum Beispiel Längen von Verkehrswegen, Flächen, Rauminhalten) - bei
Hochbauten nach DIN 277;
 - f) Bauzeitenplan, Finanzierungsplan (Finanzierungsmodell);
 3. Angaben über die Vorbereitung des Vorhabens, insbesondere über
 - a) den Stand des Grunderwerbs,
 - b) die planungsrechtlichen Voraussetzungen (zum Beispiel Bauleitplanung, Planfeststellung),
 - c) weitere erforderliche Genehmigungen (zum Beispiel Eisenbahnaufsicht) sowie
 - d) die Beteiligungsbereitschaft Dritter;
 4. Angaben zum vorgesehenen Vergabeverfahren;

5. Stellungnahmen

- a) des zuständigen Behindertenverbandes beziehungsweise -beauftragten;
 - b) soweit erforderlich bei Verknüpfungsmaßnahmen zusätzlich die Stellungnahme des Fachausschusses „Verkehr (Verknüpfungs- und Umsteigeanlagen)“ bei der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus - Senftenberg (BTU) über die Beurteilung der verkehrlich einwandfreien Lösung;
 - c) der VBB GmbH über die Beurteilung der ÖPNV-Anbindung mit anderen Verkehrsträgern, bei Beantragungen von Maßnahmen an Empfangsgebäuden und P&R/B&R-Anlagen;
6. eine Wirtschaftlichkeits- und Folgekostenberechnung in besonders begründeten Fällen.
7. Bei einer baufachlichen Prüfung sind die Unterlagen in zweifacher Ausfertigung vorzulegen. Gegebenenfalls sind weitere Unterlagen, zum Beispiel gemäß Informationsblatt des Brandenburgischen Landesbetriebes für Liegenschaften und Bau- en, vorzulegen.

Die Bewilligungsbehörde kann weitere Unterlagen, die zur Feststellung der zuwendungsfähigen Ausgaben oder generell zur Beurteilung einer Maßnahme erforderlich sind, beim Antragsteller nachfordern, insbesondere die wirtschaftliche Lage des Vorhabenträgers sowie dessen wirtschaftliche Verhältnisse betreffend, sofern dies zur Sicherung der Dauer der Zweckbindung erforderlich erscheint.